

Basisdemokratie auf amerikanisch

VON JOSEF JOFFE

In einem Parteienstaat wie der Bundesrepublik, wo die Parteien ihre Macht bis in die letzten Winkel der Gesellschaft vorgetrieben haben, ist schier unvorstellbar, was gerade als basisdemokratisches Drama par excellence über die amerikanische Bühne läuft. Bis in den Sommer hinein ist das amerikanische Volk aufgerufen, den Parteien ihre Präsidentschaftskandidaten zu diktieren. Nicht die Partei, sondern das *primary*, die Vorwahl, bestimmt, wer im „Endspiel“ am 8. November antritt. Und das *primary* ist nachgerade Ur- oder Idealdemokratie, wie sie sich ein Jean-Jacques Rousseau vorgestellt hat.

Einen Moment lang zerfällt die Massengesellschaft in überschaubare Einheiten, muß der Mächtigen-Erwählte den Wählern von Angesicht zu Angesicht gegenübertreten – von Alabama bis Wyoming, in Wohnzimmern, Schulen und Shopping Centers. Und jeder kann in den Ring steigen, mit oder ohne Sgen seiner Partei, ein jeder kann am Vorwahntag darüber befinden, wer im November das Finale bestreiten darf. Der Ausleseprozeß ist ebenso brutal wie langwierig. Ein Mann wie Richard Gephardt, der in Iowa am 8. Februar an die Spitze der Demokraten katapultiert worden war, ist praktisch schon seit drei Jahren im Rennen. Überraschungen sind garantiert, weil nicht alle Staaten am selben Tag, sondern bis zum 7. Juni Vorwahlen veranstalten. Das schiebt dem klassischen Problem basisdemokratischen Verfahrens den Riegel vor – daß eine momentane, demagogisch aufgeheizte Stimmung Unwiderrufliches gebiert.

Überdies bieten die *primaries* ein treffliches Korrektiv zur ersatzdemokratischen Institution der Meinungsumfragen. George Bush, von den Auguren schon totgesagt, tauchte aus der New-Hampshire-Vorwahl am Dienstag plötzlich als strahlender Sieger mit 38 Prozent auf – vor seinem Haupttrivalen Robert Dole, der entgegen allen Umfragen nur 29 Prozent erhalten hatte. Nachdem Dole den Vizepräsidenten in Iowa vernichtend geschlagen hatte, hätte der Verlust von New Hampshire gewiß das Ende der Bush-Kampagne eingeläutet. Nun ist Bush – Mark Twain zitierend – wieder obenauf: „Die Nachricht von meinem Tod war stark übertrieben.“

In diesem mörderisch-langwierigen Prozeß lernt der Kandidat das Land und das Land den Kandidaten kennen. Teilweise hebt das den gravierenden Nachteil des Systems wieder auf. In Europa kann niemand die Spitze erklimmen, der nicht vorher jahrelang in den unteren Rängen gedient hat. Überdies hat ein Helmut Kohl oder eine Margaret Thatcher zumindest die politische Erfahrung sammeln können, die ein Michael Dukakis (der Sieger der Demokraten in New Hampshire), wie zuvor Jimmy Carter und Ronald Reagan, erst *on the job* erwerben. Naturgemäß

bringt das Politiker ins Weiße Haus, die von Außenpolitik herzlich wenig Ahnung haben. Nach New Hampshire wird das Vorfeld von vier Kandidaten beherrscht: von George Bush und Senator Robert Dole bei den Republikanern, Gouverneur Michael Dukakis und dem Abgeordneten Richard Gephardt bei den Demokraten. In diesem Quartett besitzt nur Bush – einst Direktor der CIA und Botschafter in Peking – außenpolitische Erfahrung. Dole, der Senatsführer, ist ein Meister des Kongreß-Management, Dukakis ein glänzender Provinzpolitiker. Gephardt hat die Vorwahl in Iowa mit demagogischen Protektionismus-Parolen gewonnen; schwört er diesen als Präsident nicht ab, wäre er ein Desaster für den Welthandel und die Bündnisse. Indes: Die *primaries* bilden nicht nur das Volk, sondern auch die Kandidaten. Begonnen hatte Dukakis auf einer mild-isolationistischen Plattform, die – trotz Truman und Kennedy – inzwischen fast alle Demokraten ideologisch vereint; mittlerweile haben seine Harvard-Berater dafür gesorgt, daß er weder der Entnuklearisierung noch dem Abzug der Truppen aus Europa das Wort redet.

Theoretisch müßten Bush oder Dole im November gewinnen; seit Ende der Roosevelt-Truman-Ära haben Republikaner doppelt so lange im Weißen Haus regiert wie Demokraten. In den Parlamentswahlen votieren die Amerikaner eher links; wenn es um den Präsidenten geht, eher rechts. Zudem hat sich unter den „Sieben Zwergen“ noch immer kein Kandidat von nationaler Statur hervorgetan. Protektionismus à la Gephardt mag im Mittelwesten bestechen; in den handelsintensiven Wachstumsstaaten an der Ost- und Westküste lassen sich damit keine Stimmen fangen. Der kühle Dukakis, genannt „Michael der Gute“, hat zwar eine glänzende Wahlkampfmaschine aufgebaut, aber auch er muß noch zeigen, daß er jenseits seines Nachbarstaates New Hampshire die Gemüter für sich mobilisieren kann.

Dafür kämpfen die Republikaner mit einer Hinterlassenschaft Ronald Reagans, der jetzt wie kein anderer die neue Freundschaft mit dem einstigen „Reich des Bösen“ zelebriert. Die Republikaner haben stets von ihrem Image als Partei der Stärke und Eindämmungspolitik profitiert. Nur: Warum für Bush oder Dole stimmen, wenn die „russische Gefahr“ plötzlich von höchster Stelle wegdekretiert worden ist? Wenn jetzt Wohlfahrts- und Entspannungspolitik auch die konservative Agenda beherrscht, warum nicht gleich die Demokraten wählen, die sich derlei seit eh und je ans Panier geheftet haben? Die Vorwahlen in Iowa und New Hampshire haben unglaubliche Überraschungen produziert; bis zum 8. November wird der Volkssouverän noch manche andere Wetten platzen lassen.